

Braunschweiger Volksfreund

Nr. 4/2008

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

Dezember 2008 / Januar 2009

Dr. Carola Reimann für Bundestagswahl nominiert

Mit einem hervorragenden Ergebnis wurde Dr. Carola Reimann am 29. Oktober als SPD-Kandidatin für den Wahlkreis Braunschweig aufgestellt. 61 von 62 Delegierten stimmten für die 41-jährige Biotechnologin.

Bei der Konferenz erinnerte Dr. Carola Reimann an die Erfolge sozialdemokratischer Politik für Braunschweig. Besonders erwähnte sie die Stärkung des Forschungsstandortes Braunschweig, den Ausbau der Infrastruktur und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Durch direkte Projektförderung des Bundes flossen seit 2005 etwa 50 Millionen Euro an Braunschweiger Forschungseinrichtungen.

Zur Verbesserung der Infrastruktur wurden im aktuellen Haushaltsplan des Bundes über 80 Millionen Euro für den Ausbau der ICE-Strecke Hildesheim-Braunschweig bereitgestellt. Außerdem fließen seit Jahren Mittel in den Ausbau der Autobahn A 39.



Seit dem Jahr 2000 engagiert sich Dr. Carola Reimann für Braunschweig im Deutschen Bundestag.

Der Erhalt des VW-Gesetzes zur Arbeitsplatzsicherung liegt ihr besonders am Herzen. „Diesem Gesetz kommt über Braunschweig und Niedersachsen hinaus bundesweite Bedeutung zu“, betont die Bundestagsabgeordnete.

In Bezug auf die aktuelle weltweite Finanzkrise fordert Carola Reimann klare Regeln und Grenzen für das Finanzsystem. Die Sozialsysteme müssen – unabhängig vom Finanzmarkt – verlässlich abgesichert sein: „Ich will nicht, dass soziale Sicherung von Aktienkursen abhängt!“

Sie rief dazu auf, für den Wahlsieg zu kämpfen und aktuelle Themen anzupacken: „Von neuen Regeln für die Finanzmärkte über Mindestlöhne bis hin zu einem durchlässigen und kostenlosen Bildungssystem vom Kindergarten bis zum Studium. Dafür werden wir in den kommenden Monaten kämpfen! Wir schaffen das!“

Braunschweiger diskutierten über Patientenverfügung

Öffentliche Fachveranstaltung am 20. November mit Vertretern aus Politik, Medizin und Seelsorge

Etwa acht Millionen Menschen haben in Deutschland ihren Willen in einer Patientenverfügung festgelegt. Sie bestimmen so im Vorfeld, welche medizinischen Maßnahmen am Ende des Lebens eingesetzt werden.

Die Rechtsverbindlichkeit dieser Erklärung ist allerdings umstritten. Carola Reimann setzt sich für eine gesetzliche Regelung der Patientenverfügung ein. Sie soll in allen Situationen gelten, in denen sich die Betroffenen nicht mehr selbst äußern können.

Im Deutschen Bundestag werden zurzeit unterschiedliche Vorschläge diskutiert. Da bei dieser Diskussion schwierige ethische Fragen berührt werden, ist das direkte Gespräch mit den Menschen aus Sicht der SPD unverzichtbar.

Auf Einladung von Carola Reimann trafen sich Mitte November interessierte Bürgerinnen und Bürger im Bildungszentrum des Städtischen Klinikums, um über das Thema zu diskutieren. Joachim Stünker, der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, führte 120 Zuhörer mit einem Vortrag in das Thema ein. Danach gab es eine Gesprächsrunde mit Carola Reimann, Joachim Stünker, Prof. Dr. med. Bernhard Wörmann (Chefarzt der Med. Klinik III



im Städtischen Klinikum), Krankenhausseelsorger Pater Johannes Witte und Dr. Thorsten Kleinschmidt (Braunschweiger Sprecher der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen). Es entwickelte sich eine lebhaftes Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Weitere Informationen erhalten Sie im Wahlkreisbüro oder im Internet:
Schlossstr. 8, Tel. 05 31 / 480 98 22
www.carola-reimann.de

Neue Hürden für die vierte Gesamtschule

Landesregierung zweifelt am Bedarf - neue Gesamtschule nur mit begrenzter Ausstattung

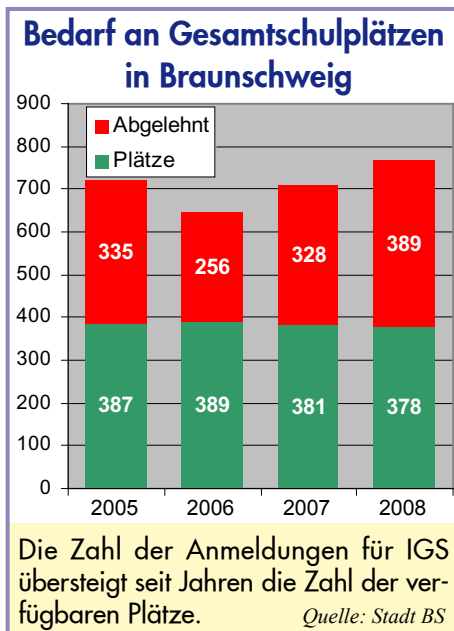
■ Das abwechslungsreiche Geschehen um eine vierte Gesamtschule in Braunschweig ist um eine Überraschung reicher: Das Kultusministerium besteht darauf, dass vor der Antragstellung der Bedarf festgestellt wird. Es reicht der Kultusministerin Heister-Neumann (CDU) nicht, dass seit Jahren viele hundert Aufnahmeanträge an Integrierten Gesamtschulen abgelehnt werden müssen, weil nicht genügend Plätze vorhanden sind. Nein, es muss eine Umfrage bei den Eltern stattfinden, die ihr Kind derzeit auf eine Grundschule in Braunschweig schicken.

Auf diese skurrile Idee ist nicht einmal die Schulbehörde gekommen. Sie hatte der Stadt auf Anfrage mitgeteilt, dass wegen der Vielzahl von Anmeldungen ein Bedarfsnachweis durch Umfrage nicht erforderlich sei. Aber in ihrem Bestreben, Gesamtschulneugründungen möglichst zu erschweren, wenn man sie schon nicht verhindern kann, ist der Kultusministerin offensichtlich jede noch so unsinnige Idee hochwillkommen. So blamierte sie ihre eigene Behörde und besteht auf der Umfrage, die bürokratisch und bürgerfern wertvolle Zeit kostet.

Die Stadtverwaltung bereitet jetzt entsprechend den ministeriellen Vorgaben die Umfrage vor, in der alle Eltern von Grundschulern gefragt werden, auf welche weiterführende Schulform sie ihr Kind schicken wollen. Angekreuzt werden können Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule.

Immerhin - so wird in unserer Stadt der Elternwille konkret festgestellt, insbesondere wenn sich die Eltern in großer Zahl an dieser Umfrage beteiligen. Das Ergebnis kann auch

nicht nach Belieben umgedeutet werden, wie es bei bildungspolitischen Diskussionen immer wieder der Fall ist.



Die Umfrage birgt ein erhebliches Risiko für die Verfechter der Hauptschule. Denn immer weniger Eltern wollen ihr Kind auf diese Schulform gehen lassen. Nach erfolgter Meinungsumfrage ist es viel schwieriger, für Schulformen einzutreten, die nicht dem Elternwillen entsprechen.

Für die Gesamtschulfreunde in Braunschweig gibt es eine weitere unangenehme Überraschung: Alle bisher existierenden Gesamtschulen sind gebundene Ganztagschulen. Das bedeutet, dass alle Schülerinnen und Schüler am Ganztagsangebot teilnehmen müssen

und dass auch die entsprechenden Lehrerstunden zur Verfügung stehen. Neue Gesamtschulen können dagegen nur als „offene Ganztagschulen“ beantragt werden. Bei der Antragstellung müssen Schule und Stadt erklären, dass sie auf die entsprechende Ausstattung mit Lehrkräften ausdrücklich verzichten. Statt dessen wird ein begrenztes Budget zur Verfügung gestellt, mit dem kein komplettes Nachmittagsprogramm verwirklicht werden kann.

Kultusminister schaden den Hauptschulen

■ „Dass gerade jetzt bestürzende Ergebnisse über die Schulerfolge an Hauptschulen an die Öffentlichkeit kommen, wird den Andrang auf diese Schulform auch nicht gerade erhöhen. Bei den letzten Vergleichstests schafften rund die Hälfte der Hauptschülerinnen und Hauptschüler nicht das für diese Schulform bundesweit vereinbarte Mindestniveau. Die geradezu typische Reaktion der Kultusminister: Die Runde erwägt, diese Schulvergleichstests an Hauptschulen auszusetzen und neue Standards zu definieren, die dem Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler besser entsprechen.“

Es wird also nicht die Schulbildung verbessert, sondern die Anforderungen werden gesenkt, im Gegensatz zu den Forderungen, die vor allem Ausbildungsbetriebe immer wieder erheben. Das wird auch die Berufschancen von Hauptschülerinnen und Hauptschülern deutlich verschlechtern.“ (Manfred Pesditschek, Fraktionsvorsitzender der SPD)

Durchbruch für Jugendherberge

■ Jetzt geht es endlich voran: An der Straße „Geiershagen“ soll eine Jugendherberge für Braunschweig entstehen.

Ende 2006 brachte die SPD die Errichtung einer zeitgemäßen Jugendherberge auf die Tagesordnung. Dieses Ziel wurde von allen Ratsfraktionen aufgenommen und es wurden erste Mittel in den Haushalt der Stadt eingestellt.

Unterschiedliche Meinungen gab es über den Standort. Die SPD schlug dafür das ehemalige Freizeit- und Bildungszentrum im Bürgerpark vor. So sollte gleichzeitig in gewissem Umfang die Wiederaufnahme des Kulturbetriebes an dieser Stelle ermöglicht werden. Oberbürgermeister Dr. Hoffmann und die CDU-FDP-Mehrheit wollten dieses Grundstück dagegen für ein Hotel der Luxusklasse

verwenden. Damit wurde die Errichtung einer Jugendherberge an die Entscheidung über den Hotelneubau gekoppelt.

Obwohl es eine Vereinbarung zwischen diesen Fraktionen gab, die die Klärung der Standortfrage bis Mitte 2007 vorsah, kam es bei der Hotelansiedlung immer wieder zu Verzögerungen.

Als schließlich klar wurde, dass auch in der Novembersitzung 2008 des Rates keine endgültige Entscheidung über den Hotelneubau fallen würde, platzte der SPD der sprichwörtliche Kragen. „Eine weitere Verzögerung in dieser Sache ist weder dem Deutschen Jugendherbergswerk noch den Braunschweigerinnen und Braunschweigern zuzumuten“, so Manfred Pesditschek, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion. Die SPD drängte nun auf

den Bau der Jugendherberge an einer anderen Stelle in Braunschweig, nämlich an der Straße „Geiershagen“ zu beginnen. Und jetzt ging alles ganz schnell: Die Verwaltung erstellte eine entsprechende Vorlage, die der Rat mit großer Mehrheit beschloss. Pesditschek: „Noch schöner wäre natürlich eine Jugendherberge im Bürgerpark. Aber auch Geiershagen ist ein guter Standort für diese Einrichtung. Hauptsache, das wird jetzt zügig umgesetzt.“

Der Politiker sieht auch noch eine weitere Möglichkeit: „Die SPD ist äußerst skeptisch, ob es tatsächlich zu dem Hotelneubau kommt. Falls nicht, muss das Grundstück anderweitig sinnvoll für alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger genutzt werden, zum Beispiel für ein Bürgerzentrum oder Haus der Kulturen“.

Stadion und Bildung!

Stadionausbau und Investitionen in Bildung sind keine Gegensätze, sondern gehören zusammen.

■ Mit großer Mehrheit hat die Stadt Braunschweig den Ausbau der Nordkurve des Eintracht-Stadions beschlossen. Die Baumaßnahmen sollen möglichst noch im Sommer des nächsten Jahres beginnen. Die Kostenschätzung für den Ausbau liegt bei 7,1 Millionen Euro.

Vorgesehen sind in der Nordkurve die Aufstockung der Tribüne sowie deren Überdachung. Weil dort 3450 Sitz- und 1880 Stehplätze geplant sind, steigt die Zahl der Plätze gegenüber der bisher reinen Stehtribüne um 335 Plätze. Unterhalb der Tribüne werden ein Imbiss- und ein Sanitärbereich entstehen. Ferner kommen dort Technik- und Lagerräume unter.

Die SPD stimmt dem Ausbau zu. Der Fraktionsvorsitzende Manfred Pesditschek erläutert: „Mit dem Bau kann die als Provisorium empfundene und seit langem sanierungsbedürftige Tribünenanlage der Nordkurve durch eine zeitgemäße ersetzt werden. Es entsteht ein Stadion, das einen überzeugenden Gesamteindruck bietet. Das Oberzentrum Braunschweig ist dies seinen Sportfreunden aus Stadt und Region auch schuldig.“

Weiterer Ausbau noch offen

Zu den Plänen zu einem wesentlich weitergehenden Ausbau des Stadions erklärt Manfred Pesditschek: „Bei entsprechender Haushaltslage trägt die SPD auch den weiteren Stadionausbau mit. Das setzt allerdings voraus, dass die zusätzlichen Mittel von fast 20 Millionen Euro nicht zu Lasten anderer wichtiger Aufgaben gehen.“

Er erinnerte daran, dass die Stadt nur zögerlich Mittel für den Ausbau von Grundschulen zu Ganztagschulen bereitstellt. So soll zum Beispiel der Mensabereich für die Ganztagsgrundschule Heinrichstraße erst im Jahr 2014 begonnen werden. Die Entscheidung darüber, ob die Grundschule Heidberg Ganztagschule werden soll, wurde von der Ratsmehrheit wegen der Investitionskosten von 1,2 Millionen Euro um ein weiteres Jahr verschoben.

„Das ist vollkommen unausgewogen und wird von der SPD nicht mitgetragen. Die Zukunftschancen unserer Kinder müssen dem Rat und der Stadtverwaltung mindestens genau so wichtig sein wie die Modernisierung des Stadions!“ fordert Pesditschek.



„Wir sind HIER! Wir sind LAUT weil ihr uns die Bildung klagt!“ Unter diesem Motto haben über 8.500 Schüler in Braunschweig demonstriert. Foto: M. Stoffregen

Schülerstreik in Braunschweig

■ Es war ein großes Erlebnis für alle teilnehmenden Schülerinnen und Schüler: die große Demonstration in Braunschweig für ein besseres Bildungssystem. Unter dem Motto **!Schulstreik!** hatten Schüler- und Elternvertreter aus Braunschweig dazu aufgerufen, sich an den bundesweiten Aktionen zu beteiligen.

Die Forderungen waren:

- ▶ Kostenfreie Bildung für alle
- ▶ Zeit für Bildung statt Leistungsdruck
- ▶ Optimale Unterrichtsversorgung und kleinere Klassen
- ▶ Mehr Demokratie und Mitspracherecht

Das Wort „Schulstreik“ war für einige ein rotes Tuch. Sie kritisierten, dass durch den Streik ja ebenfalls Unterrichtsausfall entstehe. Es sei widersinnig, während der Schulzeit zu demonstrieren. Die Landesschulbehörde war schnell mit einer Verfügung bei der Hand mit dem Hinweis, man könne ja auch nachmittags demonstrieren. Offensichtlich ist den Fachleuten des Ministeriums nicht klar, dass viele Schüler auch nachmittags Unterricht haben.

„Vor allem sollten diese Einwände eines: vom eigentlichen Inhalt der Forderungen ablenken. Ablenken von der Forderung nach einem besseren Schulsystem, das unsere Kinder optimal auf die Zukunft vorbereitet.“ wirft Manfred Pesditschek, Vorsitzender der

SPD-Ratsfraktion, den Kritikern vor.

Es ist wenig verwunderlich, dass die Landtagsabgeordnete Mundlos (CDU) und die Junge Union (auch CDU) die Demonstration ablehnten, denn nach deren Meinung ist das Schulsystem in Niedersachsen ja hervorragend. Denn es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Aber der Stadtelternrat stellte sich hinter den Streik. Denn die Eltern wissen nur zu gut, welche Bildungschancen ihren Kindern durch große Klassen, fehlende Lehrkräfte und sanierungsreife Schulen genommen werden.

Diese Diskussion schadete nicht der Bereitschaft zur Demonstration. Im Gegenteil: die Schülerdemonstration in Braunschweig mit 8500 Teilnehmern war die größte Aktion dieser Art im ganzen Bundesgebiet, deutlich vor Berlin, Hannover oder Hamburg.

„Die Schüler kritisieren den Bildungsnotstand in Niedersachsen und nehmen den Protest in die eigenen Hände. Sie zeigen damit Mut und Einsatzbereitschaft für die eigene Zukunft. Unsere Demokratie sollte das zu schätzen wissen“, sagt Uwe Jordan, schulpolitischer Sprecher der SPD im Rat der Stadt.

Das hat übrigens auch der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag gemerkt, der nach der Demonstration das Recht der Schülerinnen und Schüler zu solchen Aktionen betonte.

Starke Stimme für die Region im EU-Parlament

Matthias Wehrmeyer ist Europakandidat für Braunschweig

Der Peiner Matthias Wehrmeyer wird für die Braunschweiger SPD als Kandidat in die Europawahl am 7. Juni 2009 ziehen. Der 52-jährige Jurist möchte im Europaparlament die Interessen unserer Region mit starker Stimme vertreten.

Wehrmeyer beschäftigt sich bereits seit vielen Jahren mit Europa-Fragen. Im niedersächsischen Innenministerium gründete er das erste Europareferat schon zu Beginn der neunziger Jahre. Er erkannte früh, welche Bedeutung die Europäische Union für die Menschen hat. Heute werden viele wichtige politische Entscheidungen auf der EU-Ebene beschlossen und müssen von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

„Deshalb ist es wichtig, im Vorfeld auf diese Entscheidungen Einfluss zu nehmen und unsere regionalen Interessen zu vertreten“, erläutert der Kandidat. Als Beispiel nennt Wehrmeyer den Streit um das VW-Gesetz, das aus

Sicht der EU-Kommission abgeschafft werden soll. Dagegen setzt sich der Kandidat für den Erhalt des Gesetzes ein, um nicht tausende Arbeitsplätze in der Region Braunschweig zu gefährden: „Die Finanzkrise zeigt, dass wir nicht weniger, sondern mehr Regulierung auf den Märkten brauchen!“ Darüber hinaus möchte er für mehr Mitbestimmung in Unternehmen, für das Verbot von Dumping-Löhnen und für ein sozial gerechteres Europa arbeiten.

Wichtig ist dem Europakandidaten auch das Werben um EU-Fördermittel. Die Region Braunschweig mit der höchsten Forschungsdichte Europas braucht auch weiterhin finanzielle Unterstützung, damit Spitzenforschung ausgebaut und Arbeitsplätze erhalten werden können.

Außerdem möchte Matthias Wehrmeyer verlässlicher Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen in der Region Braunschweig sein.



Zur Person Matthias Wehrmeyer:

- ▶ Geboren am 5.8.1956 in Göttingen
- ▶ ab 1975: Mitglied im Juso-Bezirksvorstand
- ▶ 1978 bis 1988: Bezirksvorsitzender und Juso-Landesvorsitzender

Beruflicher Werdegang:

- ▶ 1986-1990: Leiter des Büros des Braunschweiger Oberbürgermeisters
- ▶ 1990-1998: Büroleiter im Innenministerium
- ▶ 1998-2003: Staatskanzlei und Landesvertretung Berlin als Ministerialdirigent
- ▶ seit 2003: Leiter der Landesversorgungsverwaltung



Die SPD Braunschweig wünscht ein frohes Fest
und ein gesundes Jahr 2009.

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (ViSdP), Alexander Gräbner, Sigrid Herrmann, Matthias Stoffregen

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 40 000 Exemplare

Bankverbindung/Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11



Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

- Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind :
 - ▶ **Dr. Carola Reimann, MdB:**
 - Mittwoch, 7. Januar, von 9 - 17 Uhr
 - Donnerstag, 26. Feb., von 9 - 17 Uhr
 - ▶ **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**
 - Donnerstag, 22. Januar, ab 14.30 Uhr
 - Donnerstag, 12. Februar, ab 14.30 Uhr
 - Donnerstag, 12. März, ab 14.30 Uhr

90 Jahre Frauenwahlrecht

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen hat zu diesem historischen Ereignis eine Gedenkstunde organisiert. Hauptrednerin war die langjährige SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier.

Am 9. November 1918 dankte der Kaiser ab und der SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert wurde erster Reichskanzler der deutschen Republik. Damit war der erste Weltkrieg praktisch beendet. Der neu gebildete „Rat der Volksbeauftragten“ verfügte am 12. November auf Antrag der SPD das gleiche Wahlrecht „für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen“.

Nach Jahrzehnte langem Kampf durften am 19. Januar 1919 Frauen zum ersten Mal wählen und auch gewählt werden.